

Gegen Spardiktate, staatliche Repression und Nationalismus! Solidaritätsreise nach Griechenland, 21. bis 28. September 2013

Reisetagebuch 2013 Teil 4

Mittwochabend 25.9.

Am Abend des 25.9. gab es eine grosse Antifa-Kundgebung. Wir nahmen mit unseren Transparenten daran teil und konnten auch einen Redebeitrag halten. Die KKE nahm an der Demonstration nicht teil, verteilte aber Flugblätter. Wir fragten, warum sie nicht daran teilnehmen. Ein Jugendlicher antwortete, sie seien fuer den Arbeiteraufstand und dies sei nur eine antifaschistische Demonstration. Ein Teil von uns nahm an der anschliessenden Demonstration teil.

Rede auf der antifaschistischen Kundgebung Mittwochabend 25.9.

Guten Abend,

wir danken Euch, dass wir als Gäste heute Abend einige Worte sprechen dürfen.

Wir sind eine Gruppe Deutscher und Schweizer, die als Basismitglieder aus dem gewerkschaftlichen Umfeld stammen, aber keine Funktionäre sind. Einige von uns arbeiten auch in politischen Organisationen als Ehrenamtliche.

Wir haben unsere Reise allein organisiert und finanziert, um frei von jeglichem Einfluss und Erwartungshaltungen zu sein.

Letzte Woche haben wir in Deutschland von dem schändlichen Mord an Pavlos Fissas gehört. Sonntag waren wir am Tatort des schrecklichen Geschehens.

Später am Tag waren wir zu Gast in der Perama Sociastation und konnten uns dort ein Bild über die erschreckenden Ausmaße der Spardiktate machen, die durch die Memoranden, allen voran durch die Politik von Frau Merkel und der Troika veranlasst wurden.

Wir sehen einen engen Zusammenhang zwischen den Spardiktaten und dem Anstieg der faschistischen goldenen Morgenröte.

Die Troika hat diese Verhältnisse maßgeblich gefördert und verantwortet und empört sich nun scheinheilig über die Auswirkungen.

Auch in Deutschland haben wir Nazis und ihre Organisationen. Bestimmt habt Ihr alle vom Prozess gegen den NSU Terror gehört, durch den 11 Menschen getötet wurden, einer von ihnen war Grieche.

Auch in Deutschland gibt es V-Leute in diesen Nazi-Organisationen.

Dabei fragen wir uns, ob die V-Leute ihre Arbeit machen oder ob sie von ihrer Überzeugung her nicht selbst den Rechten angehören.



Der Kampf gegen den Faschismus und die Sparpolitik gehört zusammen und er muss international geführt werden.

Darum sind wir heute zusammen mit Euch hier.

Euer Kampf ist auch unser Kampf!

In Solidarität!

Die anderen trafen sich mit Nikos von der Basisgewerkschaft "Druck und Papier" in Athen..

Vorab beantwortete er Fragen zur Gruppe "Redlines" zu der einige von uns am Vortag Kontakt hatten. Diese Gruppe entstand aus dem Beduerfnis, Demonstrationen vor Uebergriffen zu schuetzen. Anspruch ist es ueber unterschiedliche Auffassungen hinweg zusammenzuarbeiten. In der Gruppe sind Leute mit anarchistischer und Tradition und KKE-Vergangenheit vereint. Sie versuchen in der Antifa-Szene einen Bezug zur Arbeiterklasse herzustellen. Sie geben hierfuer die "Arbeiterzeitung" heraus. Sie haben einen etwas verklaerenden Blick auf die Arbeiterklasse.

Die Gewerkschaft "Buch und Papier" gehoert zu den sogenannten "Basisgewerkschaften". Anders als etwa in Italien bedeutet der Begriff in Griechenland nicht, dass eine andere Gewerkschaft aufgebaut werden soll. Als Basisgewerkschaften werden die Gewerkschaften verstanden, die die Beschaeftigten einer Branche auf lokaler Ebene zusammenfassen. Die Basisgewerkschaften und die Betriebsgewerkschaften groesserer Betriebe waehlen Vertreter in die Arbeiterzentren, die den gewerkschaftlichen Dachverband auf regionaler Ebene darstellen. Die Arbeiterzentren waehlen Vertreter fuer die nationale Leitung des Dachverbands GSEE.

Die Gewerkschaft nimmt auch an informellen Strukturen teil, in denen sich verschiedene kaempferische Basisgewerkschaften zusammenfinden, um ihre Aktivitaeten unabhaengig vom Dachverband GSEE zu koordinieren. In diesem Netzwerk sind Gewerkschaften vertreten, deren Politik von Vertretern aus Syriza oder der ausserparlamentarischen Linken bestimmt werden. Syriza ist allerdings dabei, sich aus diesen Zusammenhaengen zurueckzuziehen, um eigene Strukturen auf der zweiten Ebene der gewerkschaftlichen Organisation aufzubauen.

Die Gewerkschaft "Buch und Papier" organisiert die Beschaeftigten von Buchhandlungen und Buchverlagen. In dieser Branche gibt es in Athen nach der Krise noch etwa 2000 Beschaeftigte. Es gibt keine Hauptamtlichen und alle Beschluesse werden auf Vollversammlungen beschlossen, zu denen bis zu 100 Menschen kommen. Die Gewerkschaft hat den Ruf besonders aktiv und kaempferisch zu sein. In der Vergangenheit war die Gewerkschaft sehr erfolgreich und konnte trotz der Vielzahl von Kleinbetrieben in der Branche konnte sie einen guten Tarifvertrag erkaempfen. Entlassungen konnten durch Aktionen vor den Buchlaeden verhindert werden.

Jetzt haben sich die 20 groessten Arbeitgeber der Branche zusammengeschlossen, um der Gewerkschaft ihren Status streitig zu machen. Sie wollen mit ihr keine Verhandlungen mehr fuehren, da sie eine extremistische Organisation sei und sich nicht sozialparnterschaftlich verhalte. Der Tarifvertrag wird nicht mehr anerkannt, Arbeitsvertraege werden fast nur noch individuell mit Loehnen von etwa 400 Euro abgeschlossen. Es ist der Gerwerkschaft danach auch nicht mehr

gelingen, Entlassungen rückgängig zu machen. Viele Arbeitnehmer müssen mit Lohnrückständen von bis zu sechs Monaten leben. Sie müssen dem Arbeitgeber somit Kredite geben, welche Banken nicht mehr bereitstellen. Davon betroffen sind eine Million der 1,8 Millionen Beschäftigten im privaten Sektor.

Heute ist es schwer, Beschäftigte zu Streiks auszurufen. Es ist nicht nur die Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes, sie sehen in solchen Kämpfen auch keine Perspektive mehr, da es schon viele Streiks gab und keine Erfolge zu verzeichnen sind.

Ein Grund für die Schwäche ist auch die Spaltung der griechischen Arbeiterbewegung. Die KKE und ihre Organisation PAME beteiligen sich nicht oder nur sehr selten an gemeinsamen Aktionen. In der PAME sind aber sehr viele aktive und sehr kämpferische Menschen. Es sei daher schade, dass es keine gemeinsamen Aktionen gibt. Die Gewerkschaft "Buch und Papier" hat die bei PAME für den Handel zuständige Sektion mehrmals zu einem gemeinsamen Vorgehen bezgl. der Ladenöffnungszeiten aufgerufen. Dies wurde bisher immer abgelehnt. Aber gerade diese Woche kam ein Schreiben, von PAME mit einer Einladung zu Gesprächen. Er hofft, dass dies ein Umdenken bedeutet.

PAME versteht sich zwar als Bündnisorganisation, tatsächlich seien darin jedoch nur Leute der KKE vertreten. Sie sagen, ihre Bündnispartner entstünden in den kommenden Kämpfen. Wie weit es innerhalb der KKE und PAME Diskussionen über diese Taktik gibt, lässt sich von außen schwer feststellen. Er vermutet, dass es dies in der Mitgliedschaft eher nicht gibt. Der Einbruch bei den letzten Wahlen zeige jedoch, dass bei den Sympathisanten und Wählern diese Politik nicht unterstützt wird. Das Verhalten der KKE lässt sich aus der Geschichte erklären, durch die Verfolgung nach dem Bürgerkrieg und während der Militärdiktatur. Ein enger Zusammenhalt und eine gewisse Abschottung sei für das Überleben notwendig gewesen. Dieses Verhalten werde allerdings bis heute beibehalten und wirke negativ. Die KKE-Jugend habe in der Vergangenheit sehr viele Jugendliche organisiert. Allerdings gebe es in der Organisation sehr konservative Wertvorstellungen, was viele Jugendliche schnell wieder abstoße. Das Lesen nicht "offizieller" Literatur sei verpönt, selbst Rockmusik und lange Haare galten lange Zeit als suspekt.

Nikos meinte, dass Länder in der Krise drei Phasen durchlaufen: Wut - Resignation - Depression. Griechenland heute sei im Zustand der Depression. Im folgenden drehte sich die Diskussion darum, inwieweit eine Syriza-Regierung in der Lage sei, diese Depression zu überwinden und neue Kräfte freisetzen könne. Er sagte, dass er eine Syriza-Regierung begrüßen werde. Er fürchtet allerdings, dass die Zeit nicht ausreichen könnte, um Kräfte zu mobilisieren, die eine Entwicklung nach vorne bewirken könnten. In Griechenland wie in anderen Ländern seien die Menschen gewohnt, ihre Angelegenheiten zu delegieren. Die Wahlerfolge von Syriza könnten z.T. auch so verstanden werden, dass die Menschen auch weiterhin ihre Angelegenheiten an parlamentarische Parteien delegieren wollen. Der Ausbau der eigenen Organisationsstrukturen hält mit dem Anwachsen der Wähler keinesfalls mit. Bei den Problemen, die eine Syriza-Regierung notwendig gegenüberstehen wird, ist daher nicht unbedingt mit einer Verstärkung außerparlamentarischer Strukturen zu rechnen. Es kann auch zu einer "Bewegung der Kochtöpfe" kommen, also Protesten, die von rechts vereinnahmt werden, wie in Chile unter der Regierung Allende.

Von unserer Seite wurde die Hoffnung geäußert, eine Syriza-Regierung könne auch international, vor allem in den ebenfalls verschuldeten Mittelmeerländern zu einer Verstärkung des Widerstands beitragen. Hierin sah auch Nikos die einzige Hoffnung.

Donnerstag, 26.9.: Ausflug nach Distomo und Livadia

Aluminiumhütte

Am Donnerstag verließen wir Athen. Ziel unserer Reise war das Arbeiterzentrum von Livadia, die zu seinem Einzugsbereich gehörende Aluminiumhütte und der Ort Distomo. Jannis Stathas, der auch Vorsitzender des Arbeiterzentrums ist, organisierte für uns einen Kleinbus, der uns am Hotel abholte.

Nach etwa zweistündiger Fahrt kamen wir in der Aluminiumhütte etwa 30 Kilometer von Livadia entfernt an. Wir wurden zuerst durch den Betrieb geleitet und uns wurde der Prozess der Aluminiumherstellung erklärt. Danach waren wir im Büro der Betriebsgewerkschaft. Anwesend waren, der Vorsitzende der Betriebsgewerkschaft und sein Stellvertreter, weitere Mitglieder des Vorstands und ein Sekretär der Metallgewerkschaft.

Der Betrieb hat 1100 Beschäftigte und weitere 600 arbeiten in Subunternehmen. Die Aluminiumhütte ist damit einer der größten Industriebetriebe Griechenlands. Der Betriebsgewerkschaft gehören etwa 1000 Mitglieder an. Die Subunternehmen haben eigene Gewerkschaften, in denen etwa 50 Prozent der dort Beschäftigten organisiert sind. In der Hütte gibt es damit einen für griechische Verhältnisse außerordentlich hohen Organisationsgrad.

Als die Reisegruppe letztes Jahr das Werk besuchte, war die Hütte eine der wenigen Betriebe, in denen keine Lohninbußen hingenommen werden mussten. In der Zwischenzeit wurden jedoch Zulagen für gesundheitsschädliche Arbeit und Zeiten der Betriebszugehörigkeit gestrichen. Das macht Einbußen von sieben bis acht Prozent aus. Bei Neuanstellungen gab es Kürzungen von zwanzig Prozent. Neuen Kollegen wird ein Lohn von 820 Euro bezahlt, mit Zuschlägen ergibt das 930 bis etwas über 1000 Euro. Netto bleiben davon etwa 600 Euro. Das Werk bietet auch kostenlose Mietwohnungen an.

Lohnerhöhungen sind für drei Jahre gesetzlich ausgeschlossen; es sei denn, die Arbeitslosigkeit sinke vorher unter die Zehn-Prozent-Marke, was aber völlig unrealistisch ist.

Jannis erklärte uns, dass in Griechenland die Löhne auf breiter Front gesenkt wurden, die Preise aber gleich geblieben sind. Energiepreise sind sogar gestiegen und griechische Produkte sind in Deutschland teilweise billiger als in Griechenland. Insgesamt gebe es einen Kaufkraftverlust von vierzig Prozent.

Staat und Unternehmer versuchen in den Betrieben ein Klima der Angst und des Terrors zu erzeugen. Die Gewerkschaften versuchen, dem entgegenzuwirken. Sie haben diese Fälle dokumentiert. Bei Entlassungen haben die Betriebsgewerkschaften ein Mitbestimmungsrecht. Im Aluminiumwerk gab es bisher keine Entlassungen. Die Arbeiter der Hütte hätten eine relativ gesicherte Stellung.

Der Vorstand der Betriebsgewerkschaft besteht aus elf Arbeitern. Gewählt wird über Listenwahlen. Früher hatte jede Partei eine eigene Liste, heute kandidieren Gruppen, die sich an Parteien orientieren. Eine an PASOK und ND orientierte Gruppe errang sechs Sitze, eine Syriza-nahe Gruppe drei Sitze. Weiterhin wurden ein Vertreter der PAME und ein unabhängiger Kandidat gewählt.

Die griechischen Kollegen wollten von uns wissen, wie das Griechenlandbild in Deutschland sei und was die deutschen Gewerkschaften zu diesem Problem machen. Wir mussten erklären, dass viele unserer KollegInnen der Regierungspropaganda glauben und hoffen, durch die Politik der deutschen Regierung von den Folgen der Krise verschont zu bleiben. Die Gewerkschaften kritisieren zwar die Politik der Troika, lassen den Worten aber keine Taten folgen.

Wir sagten den Kollegen auch, dass in Hamburg parallel zu den Bundestagswahlen eine Volksbefragung zum Rückkauf der privatisierten Energieversorgung gewonnen wurde. Hierzu stellten die griechischen Kollegen fest, dass solche Privatisierungen in Griechenland jetzt umgesetzt werden sollen.

Bei Aufrufen zu Generalstreiks, auch zu dem gegen die Schließung der Rundfunk- und Fernsehgesellschaft ERT im Juni, sei die Streikbeteiligung hundert Prozent, die Tore seien dicht gemacht worden.

Distomo

Anschließend führen wir nach Distomo. Das ist der Heimatort von Jannis. Hier geschah am 10. Juni 1944 ein schreckliches Massaker der Waffen-SS an der Zivilbevölkerung. 218 Menschen wurden auf eine zum Teil bestialische Weise umgebracht. Auf einem Hügel vor dem Ort wurde ein Monument als Andenken an dieses Verbrechen errichtet. Auf einer Tafel sind die Namen aller Ermordeten mit ihrem Alter aufgelistet. Darunter auch etliche Kleinkinder, zum Teil erst wenige Monate alt. In einem gesonderten Raum sind die Totenschädel von vielen Ermordeten ausgestellt. Oft sind noch die Einschusslöcher zu erkennen. Diese Schädel machen das Ausmaß des Schreckens bewußt.

Am Monument schilderte uns eine Vertreterin der Gemeinde den Hergang des Verbrechens. Es schloss sich ein Gespräch über die Rolle Deutschlands bei der Aufarbeitung dieser Gräueltaten an. Bisher hat sich der deutsche Staat für diese Verbrechen noch nicht entschuldigt und lehnt die Zahlung von Entschädigungen ab. Allerdings gehe es der Gemeinde vorrangig nicht um Geld, sondern um eine Anerkennung der Schuld. Die Gemeinde Distomo hat Kontakt zu einem Hamburger Arbeitskreis, der sich in Deutschland für Entschädigungszahlungen einsetzt. Ein Vertreter unserer Gruppe sagte, der deutsche Staat müsse seiner Verantwortung gerecht werden, und betonte unsere Absicht, auch über diesen Aspekt der deutsch-griechischen Beziehungen zu informieren.

Arbeiterzentrum Livadia

Danach führen wir nach Livadia und besuchten dort das Arbeiterzentrum. Arbeiterzentren sind ein Teil der Struktur des gewerkschaftlichen Dachverbandes GSEE, der die Beschäftigten des privaten Sektors organisiert. Es sind nur etwa zehn Prozent der Beschäftigten in Privatbetrieben gewerkschaftlich organisiert. Die Wirtschaftsstruktur Griechenlands ist vor allem durch Kleinbetriebe geprägt, in denen es einen sehr niedrigen Organisationsgrad gibt. Für Staatsangestellte gibt es einen eigenen Dachverband (ADEDY) mit einem Organisationsgrad von etwa 90 Prozent.

Die Arbeiterzentren vereinen die Branchengewerkschaften (Basisgewerkschaften) und Betriebsgewerkschaften eines Distrikts. Diese wählen Delegierte für das Arbeiterzentrum und auf der Delegiertenversammlung wird der Vorstand gewählt. Jannis ist der Vorsitzende des Arbeiterzentrums. Die im Arbeiterzentrum zusammengeschlossenen Gewerkschaften haben zusammen ca. 2.500 Mitglieder, das Aluminiumwerk hat also mit Abstand die meisten Mitglieder.

Sitz des Arbeiterzentrums ist ein einstöckiges Gebäude mit einem Sekretariat und mehreren Versammlungsräumen. Aufgabe der Arbeiterzentren ist die juristische Vertretung der Gewerkschaftsmitglieder, die Unterstützung der Basis- und Betriebsgewerkschaften bei ihren Konflikten und die Organisation von politischen Aktionen. Angesichts der mit der Sparpolitik einhergehenden Verarmung breiter Schichten der Bevölkerung, hat das Arbeiterzentrum in Livadia allerdings sein Tätigkeitsfeld erweitert:

- Es hat einen „sozialen Supermarkt“ eingerichtet, in dem 50 bedürftige Familien kostenlos einen Teil ihrer Lebensmittel erhalten können. Die Lebensmittel werden individuell nach Terminabsprachen ausgegeben, da es für viele Menschen peinlich ist, auf solche Gaben angewiesen zu sein. Der „soziale Supermarkt“ ist im ersten Stock des Gebäudes des Arbeiterzentrums untergebracht.
- Neuerdings gibt es Kontakte zu einigen ÄrztInnen, die bereit sind, auch Menschen ohne Krankenversicherung zu behandeln. Sie werden vom Arbeiterzentrum an die Ärzte vermittelt. Das Arbeiterzentrum stellt den Ärzten für diese Patienten auch Medikamente zur Verfügung.
- Außerdem bietet das Zentrum eine Hausaufgabenbetreuung an. Diese ist in Griechenland besonders wichtig, da für die Prüfungen benötigtes Wissen oft nicht an Schulen unterrichtet wird. Diese Situation wird verschärft durch die jetzt beschlossenen Reformen an den Oberschulen, die zur Abschaffung vieler Fächer führt. Fünfzehn LehrerInnen betreuen 25 SchülerInnen in einem Raum des Arbeiterzentrums.

Das Arbeiterzentrum ist eigentlich gegen diese Form des „Ehrenamtes“. Es sollte aus ihrer Sicht nicht selbstverständlich sein, dass diese Angelegenheiten in dieser Form geregelt werden; dies sollte Aufgabe staatlicher Sozialpolitik sein. Sie wollen dafür kämpfen, diese Aufgaben (wieder) in die Hände des Staates zu geben. Bis dahin sind solche Projekte allerdings notwendig, um die Not zu lindern. In der Diskussion wurde gefragt, ob die individuelle Verteilung der Lebensmittel, nicht dazu führt, die eigene Lage auch weiterhin individuell zu erfahren statt als gesellschaftlich verursacht. Jannis antwortete, die Absicht des Arbeiterzentrums sei es auf jeden Fall, die gesellschaftlichen Ursachen zu verdeutlichen und zu kollektiven Aktionen zu kommen. Die Empfänger der angebotenen Leistungen würden aufgefordert, an Protestaktionen teilzunehmen, was auch befolgt würde.

Anwesend war auch ein Team eines lokalen Fernsehsenders, die über unsere Anwesenheit berichteten und kurze Interviews machten.

Abschließend fragten wir Jannis nach einer Äußerung, die er während des Besuchs der griechischen Gruppe in Deutschland machte. Er prophezeite im Mai, die Regierung werde im Dezember stürzen. Auch heute hält er die Regierung für sehr instabil, ist sich seiner Sache aber nicht mehr so sicher. „Vielleicht kann es auch der Dezember 2014 sein“ sagte er scherzhaft. Durch den angekündigten Rücktritt der faschistischen Abgeordneten könne es aber zu Neuwahlen oder zu Nachwahlen in einigen Wahlkreisen kommen. Die Regierung könne so auch sehr schnell an ihr Ende kommen. Gefragt wurde er, welche Möglichkeiten eine eventuelle SYRIZA-Regierung hätte, falls diese von innen und von außen unter Druck gerade. Er antwortete, sie würden auf jeden Fall die Basis mobilisieren, um die Regierung zu stützen.

Freitag, 27.09.: Gespräch mit dem Sprecher der Linken Plattform in Syriza

Wir sind im Büro von Syriza, werden dort von Panagotis Lafazanis empfangen. Er ist Parlamentsabgeordneter und Fraktionssprecher, ehemaliges Mitglied von Synaspismos und gehört in Syriza der „Plattform linke Strömung“ an.

Wir einigen uns darauf Fragen zu stellen, die Panagotis uns beantworten wird. Daher wird dieser Tagebuchbericht in Interviewform geschrieben.

Frage: Vor einem Jahr hat Panagiotis in einem TV Interview erklärt, dass seine Partei noch nicht bereit sei Regierungsverantwortung zu übernehmen. Es gab einen großen innerparteilichen und öffentlichen Aufschrei und Tsipras habe ihm widersprochen. Wie ist seine Sicht heute zu dieser Thematik?

Antwort: Es ist nicht so einfach zu sagen, ob eine Partei regierungsfähig ist. Bürgerliche Politiker und Parteien belügen die Bevölkerung regelmäßig und erklären ihre Regierungsfähigkeit. Nach den Wahlen aber stehe ihre Politik in keinem Zusammenhang mit den Programmen, mit denen sie vor der Wahl geworben haben.

Die Situation in Griechenland ist sehr schwierig und so noch nie dagewesen. Syriza will keine Regierung, die die Situation verwaltet, sondern daran arbeiten große Veränderungen herbeizuführen. In dieser Situation ist es schwer zu sagen, dass bereits alle Pläne für die Regierungsarbeit fertig seien.

Eine Linksregierung hat einen Experiment-Charakter. Dies ist eine schwierige Herausforderung mit neuen Schwerpunkten im europäischen und internationalen Umfeld.

Es können keine Wunder versprochen werden, im Gegenteil muss das Volk auf einen Prozess vorbereitet werden, der schwierig ist und nicht sofort Auswirkungen zeigen wird. Die Auswirkungen können erst mittel- und langfristig sichtbar sein.

Syriza ist bereit und bereitet sich kontinuierlich und konsequent weiter auf die Herausforderungen vor.

Aber so gut die Vorbereitungsarbeit auch sein mag, wird es immer Unvorhergesehenes geben. Genau diese Aussage hat er auch vor einem Jahr getroffen, aber es wurde nur der eine Satz seiner Rede isoliert und damit sinnverfälscht veröffentlicht.

Er bezieht sich auf die Aussage von General Clausewitz, die auch auf die aktuelle Lage zutreffend ist und der ausgeführt hat, dass auch der beste Plan für eine Schlacht ständig an die Realität anzupassen ist und die einzelnen Schritte anders als geplant ablaufen können.

Das Übernehmen von Verantwortung bedarf guter Planung, um jederzeit in der Lage zu sein, die erforderlichen Anpassungen vornehmen zu können.

Frage: Wir haben viele Gespräche mit Gewerkschaftern geführt und dabei erfahren, dass die Arbeiter/innen sich nicht trauen zu streiken. Würde sich das nach einem Wahlsieg von Syriza wieder ändern?

Antwort: Die Situation bezogen auf Arbeitskämpfmaßnahmen ist insbesondere im privaten Sektor extrem schwierig. Die Leute haben Angst zu streiken, nicht nur, weil ihnen pro Streiktag das Gehalt gekürzt wird, sondern insbesondere aus Angst vor dem Verlust ihres Arbeitsplatzes. Vor dem Hintergrund der exorbitant hohen Arbeitslosigkeit ist die Angst nicht verwunderlich. Kämpfe im

privaten Sektor werden derzeit nur bei Entlassungen von Beschäftigten und bei Betriebsschließungen geführt.

Die Beschäftigten sind gezwungen, allen Forderungen ihrer Arbeitgeber nachzugeben, meist zu Bedingungen, die ohne Tarifverträge unendlich schlecht sind: extrem lange Arbeitszeiten, sklavenähnliche Bedingungen, Arbeiten zu Hungerlöhnen, die teilweise nur noch in Höhe eines Taschengeldes gezahlt werden.

Die Tarifverträge wurden abgeschafft und es gibt im Grunde nicht einmal mehr individuelle Verträge. Es herrschen Konditionen nach Gutsherrenart.

Frage: Wir haben gehört, dass zum Beispiel im Hafen von Piraeus qualifiziertes Personal als Tagelöhner eingesetzt wird.

Antwort: Die Arbeitsverhältnisse sind komplett zusammengebrochen.

Frage: Versprechungen, die die Situation verbessern zu wollen helfen der Bevölkerung nicht, sondern es wird eine hohe Erwartungshaltung an eine neue Regierung geben, wenn diese durch Syriza gestellt wird. Welche Sofortmaßnahmen sind geplant, die kurzfristig nach der Regierungsübernahme umgesetzt werden können?

Antwort: Das Sofortprogramm von Syriza sieht folgende Maßnahmen vor:

1. Anhebung des Mindestlohns auf das alte Niveau (vor Abschaffung der Tarifverträge) d.h. auf 750.-- € brutto/ 680.-- € netto von aktuell 540.-- € brutto/ 480.-- € netto.
2. Wiedereinführung legaler Arbeitsverhältnisse. Kampf gegen Schwarzarbeit, gegen illegale und ungesicherter Arbeit.
3. Wiedereinführung von Tarifverträgen und Tarifverhandlungen auf allen Ebenen (Dachverbänden, Branchen- und betrieblichen Ebenen).

Frage: Werden die Arbeitsbedingungen auf den Stand vor dem Umsetzen der Memoranden zurückgeführt?

Antwort: Das geht nicht sofort, aber eine schrittweise Zurückführung ist möglich. Die Voraussetzung dafür ist, den Wirtschaftsabschwung zu stoppen und in eine Phase der Erholung und des Aufschwungs überzuleiten.

Vor weitere Lohnsenkungen wird Syriza einen Riegel schieben. Es wird dafür Sorge getragen, dass es eine Gesundheitsfürsorge für alle in Griechenland Lebenden geben wird. Egal, ob Immigranten, Griechen, mit oder ohne Papiere, es soll ein Anspruch, das Recht und der Zugang zur Gesundheitsfürsorge verankert werden.

Sichergestellt werden soll, dass alle Kinder in die die Schule gehen können, dass alle Haushalte des Landes wieder mit Strom und Wasser versorgt werden.

Frage: Es gibt viele verwaiste Betriebe in Griechenland. Am Beispiel von VioMe haben wir gesehen, dass die Arbeiter/innen ihr Geschick selbst in die Hand genommen haben. Sind selbstverwaltete Betriebe ein Weg für die Zukunft?

Antwort: Syriza unterstützt solche Projekte. Politisch und mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln. Wenn sie in der Regierungsverantwortung steht, wird sie solche Projekte noch stärken, und sowohl juristisch als auch materiell unterstützen.

Eine Syriza-Regierung heißt nicht, dass Staat und Regierung kontrolliert werden, sondern es heißt, fortschrittliche Reformen einzuführen und umzusetzen. Um dazu in der Lage zu sein, bedarf es der Unterstützung der Arbeiterklasse und der gesamten Bevölkerung. Es bedarf auch geeigneter Hebel, den Staatsapparat zu kontrollieren. Beispielsweise muss die Polizei demokratisch ausgerichtet werden und ihrer Aufgabe zur Verbrechensbekämpfung nach der Strafgesetzgebung nachkommen.

Das bedeutet weitreichende Veränderungen im Polizeiapparat, denn wenn die Polizei so bliebe, wie sie jetzt ist, würde sie sich gegen eine linke Regierung wenden.

Auf dem letzten Parteitag wurde beschlossen, die Memoranden zu annullieren und die Troika des Landes zu verweisen. Das bedeutet, dass eine linke Regierung sofort in einem starken Konflikt/in einem Krieg steckt. Zum einen mit den inländischen Interessenvertretern, zum anderen mit den Institutionen auf europäischer Ebene.

Der springende Punkt liegt darin, dass die linke Regierung stark bleiben muss, sich nicht beugen darf, ihrer Verpflichtung zur Umsetzung ihres Programms nachkommt und dieses weiterführt. Eine linke Regierung wird und muss auf der Umsetzung ihres Programms beharren und auf europäischer Ebene nach und nach Veränderungen herbeiführen, zuerst voraussichtlich in den südeuropäischen Staaten. Oder aber, sie wird sich gezwungen sehen, aus der Währungsunion, evtl. sogar aus der EU auszutreten.

In Gesprächen mit Vertretern der deutschen Regierung hat Tsipras angekündigt, über die Memoranden verhandeln zu wollen. Die deutsche Seite hat sich hierzu bereit erklärt, besteht aber bis zur neuen Übereinkunft darauf, dass Griechenland die bestehenden Memoranden umsetzen muss.

Auf die Frage, ob an der Umsetzung auch festgehalten werde, wenn die Verhandlungen lange dauerten oder keine Einigung erzielt werden könne, wurde ihm geantwortet, dass die Umsetzung fortgeführt werden müsse, da es hierzu entsprechende Vereinbarungen gebe.

Frage: Eine Syriza-Regierung würde sich als Experiment verstehen, daher stellt sich die Frage, ob Parallelen zur chilenischen Allende-Regierung hergestellt werden können und, wenn ja, welche Lehren aus dem chilenischen Experiment gezogen wurden? Gibt es beispielsweise Pläne, die Polizei und das Militär zu entmachten?

Antwort: Die Linke Plattform in Syriza hat am Jahrestag des Sturzes von Allende eine öffentliche Veranstaltung abgehalten.

Exakt deshalb, weil das Experiment einer linken Regierung nicht ein gleiches Ende wie in Chile finden darf, kann sie keine großen Kompromisse eingehen, da das ansonsten bedeutete, dass sie keine linke Regierung sei.

Es ist klar, dass selbst die Umsetzung von Basiselementen nicht ohne Versuche der anderen Seite begleitet würden, die deren Umsetzung zu verhindern versuchten.

Allende, als gemäßigter Linker, reichte bereits, um auf der bürgerlichen Seite große Empörung auszulösen. Die Rückzieher seitens der Allende-Regierung von der geplanten Programmatik und deren Kompromisse gegenüber den Bürgerlichen führten zur chilenischen Tragödie.

Als Linksregierung muss sich Syriza von der Arbeiterklasse/der Bevölkerung stützen lassen, um die Auseinandersetzungen auf europäischer Ebene wagen zu können. Die Partei hat Strukturen in die Arbeiterklasse und die Bewegungen hinein, die notwendig zur Umsetzung ihres Programms sind.

Es bedarf einer politischen Vorbereitung auf die großen und heftigen Auseinandersetzungen.

Frage: Industrielle/Bürgerliche haben die Bevölkerung Griechenlands um unvorstellbar viel Geld betrogen, indem sie es außer Landes transferiert und nicht versteuert haben. Im deutschen Grundgesetz gibt es den Artikel „Eigentum verpflichtet, sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen“. Gibt es Pläne, das vorenthaltene Vermögen des Staates zurückzuholen, ggf. Enteignungen vorzunehmen?

Antwort: In einer von den Banken in Auftrag gegebene Studie wurde die Regierung darüber informiert, dass ca. 25.000 natürliche Personen Beträge von über 100.000 Euro ins Ausland transferiert haben. Die Gesamtsumme beläuft sich nach der Studie auf 25 Mrd. Euro. Dabei umfasst diese Summe nur die nachweisbaren Transfers, die Größenordnung der schwarzen, der illegalen Ausfuhr von Geldern ist nicht bekannt.

Die griechische Regierung wäre zur Überprüfung der Steuererklärungen verpflichtet gewesen, hat jedoch keinerlei Anstrengungen unternommen, Geld in die öffentlichen Kassen zu bringen.

In Griechenland gibt es tausende von sog. Offshore Firmen, die als Geldwäscher für Schwarzgeld arbeiten.

Als die Regierung mit viel Druck gezwungen wurde Untersuchungen vorzunehmen, wurden einige Firmen überprüft und selbst bei dieser laxen Kontrolle wurde der Staatshaushalt mit Einnahmen in Höhe von ca. 50 Mio Euro belohnt. Bei ernsthaften Überprüfungen der Firmen ist es offensichtlich, dass sehr hohe Einnahmen in die Kassen des öffentlichen Haushalts fließen würden.

Die Linke wird solche Überprüfungen vornehmen und Steuerflucht verhindern. Daneben sollen die griechischen Reichtümer auf ihre Herkunft und Besteuerung betrachtet werden.

Frage: Nach unserer Einschätzung wird die deutsche Regierung alles daransetzen mit den bürgerlichen Kreisen in Griechenland zusammenzuarbeiten, um eine linke Regierung zu stürzen. Die deutsche Linke hat dem z.Zt. wenig entgegen zu setzen, es gibt wenige Mittel, die herrschende Klasse darin zu behindern. Es ist daher besonders wichtig, dass wir uns gemeinsam Gedanken machen, im Kontakt bleiben, um gemeinsam ein neues System aufzubauen. Die griechische Arbeiterklasse darf nicht isoliert werden.

Antwort: Es müssen gesamteuropäische Veränderungen angestrebt werden, das sdas jetzige Europa nicht im Sinne der Völker regiert wird, egal im Sinne welchen Volkes.

Syriza macht sich keine Illusionen darüber, dass nur Griechenland in dieser Notlage verbleiben wird, sondern dass auch andere Völker stärker betroffen sein werden. Es ist daher unerlässlich mit den europäischen Linken eng zusammen zu arbeiten, die Beziehungen mit den entsprechenden Kräften in Europa zu intensivieren und angemessen auszubauen.

Frage: Wie kann eine linke Regierung zustande kommen, wenn Bündnispartner nötig sind und die KKE jetzt sagt, dass sie für ein Bündnis nicht zur Verfügung steht?

Antwort: Wenn Syriza bei den Wahlen die stärkste Kraft wird, wird es schwierig, sie von der Regierungsbildung abzuhalten. Aber es gibt auch keine neue Regierung, wenn die KKE sie nicht unterstützen wird. Die Folgen wären Neuwahlen, bei denen kleine Parteien durch dieses Prozedere zerrieben werden könnten.

Syriza hat in Umfragen jetzt schon einen hohen Vorsprung, wird aber in manipulierten Umfragen mit schlechten Werten dargestellt, da bürgerliche Kräfte einen Schneeballeffekt befürchten, Syriza noch stärker zu machen.

Da das so ist, wird von der bürgerlichen Klasse alles unternommen, um Syriza zu diffamieren. Der Partei wird z.B. unterstellt Gewalt anzuwenden und terroristisch zu sein.

Aktuell wird das schmutzige Spiel im Vergleich mit zwei Extremen betrieben, in dem auf der einen Seite die Faschisten der Goldenen Morgenröte und auf der anderen Seite Syriza gleich gestellt werden.

Möglicherweise werden die Abgeordneten der faschistischen goldenen Morgenröte geschlossen aus dem Parlament zurücktreten, Syriza würde dann Neuwahlen fordern.

Da in 15 großen Wahlkreisen nachgewählt werden müsste, wäre dies quasi schon Neuwahlen gleichzusetzen.

Frage: Was ist wahr an den Gerüchten, Syriza könnte eine Koalition mit den Unabhängigen Griechen eingehen, da diese auch gegen die Troika und für den Austritt aus dem Euro sind?

Antwort: Ein Teil in Syriza könnte sich eine solche Koalition vorstellen.

Dabei stellt sich eine derartige Koalition sehr schwierig dar, um auf einen gemeinsamen programmatischen Nenner zu gelangen. Die Wirtschaftspolitik der freien Griechen ist neoliberal, sie unterstützen amerikanische Interessen, sind nationalistisch und gegen Immigration. Das alles lässt den Schluss zu, dass ein gemeinsames Programm nur sehr schwer erarbeitet werden könnte.

Frage: Es gibt innerhalb Syrizas unterschiedliche Organisationen. Wie geht es mit diesen Organisationen weiter?

Antwort: Nach dem Parteitagsbeschluss soll sich jede Organisation in Syriza in einer angemessenen Zeit auflösen. Wichtig ist es zu unterstreichen, dass sich alle Organisationen im gemeinsamen Verständnis von Syriza bewegen. Es wird daher keinerlei Druck geben, der auch gar nicht erforderlich ist. Der Beschluss lautet, dass sie sich in einem „angemessenen Zeitraum“ auflösen sollen. „Angemessen“ wurde aber nicht definiert.

Frage: Was wird geschehen, wenn bei Verhandlungen mit der Troika auf Griechenland ein Zwang wie auf Zypern ausgeübt würde? Gibt es einen Plan für den griechischen Staat bei Liquiditätsproblemen?

Antwort: Eine linke Regierung würde einen derartigen Druck durch die Troika nicht akzeptieren. Dies würde für Griechenland den Austritt aus der Eurozone bedeuten.

Der Rückzug aus dem Euro wäre für Griechenland keine Tragödie, Griechenland könnte überleben.

Er persönlich sieht den Weg Griechenlands außerhalb der Eurozone, räumt aber ein, dass dies nicht die Mehrheitsmeinung in Syriza ist. Die linke Plattform vertritt die Auffassung, dass es keinen Weg aus der Krise innerhalb der Eurozone gebe.

Allerdings ist die einhellige Meinung in Syriza, dass bei offiziellem Druck und Drohungen, den Geldhahn zu verschließen und wenn die EZB den Liquiditätshahn an die griechischen Banken abdreht, Griechenland keine Wahl hat als aus der Eurozone auszusteigen.

Es gibt nur die zwei Optionen, nämlich 1. Einen Rückzieher wie auf Zypern zu machen und alle Bedingungen der Troika zu akzeptieren oder 2. Aus dem Euro auszusteigen.

Syriza hat sich für den zweiten Lösungsweg entschieden und würde sich nicht den Erpressungen beugen.

Das bedeutet aber auch, dass eine solche Entscheidung viele Konsequenzen für Griechenland nach sich zieht, auf die es gilt, gut vorbereitet zu sein.

Der Euroraum ist so etwas wie ein Sicherheitsgefängnis, aus dem eine Flucht extrem schwierig ist.

Frage: In einem FAZ Interview in der letzten Woche haben sechs griechische Mittelstands-Unternehmer Kritik an der Regierung und der Politik, an deren enger Verflechtung mit Großkonzernen geübt. Kann das bedeuten, dass ein Bündnis mit solchen Unternehmern möglich sein wird?

Antwort: Die gemeinsame Basis mit den großen Unternehmern zu finden, kann nicht einfach sein

Sie sind spinnefeind mit der Linken sind und deren Perspektiven.

Vielleicht ist es kurzfristig möglich, mit einem Teil der Wirtschaft zusammen zu arbeiten, aber die grundlegenden Ziele sind einfach gegensätzlich verschieden.

Im Programm von Syriza stehen sowohl die Vergesellschaftung der Banken als auch der Schlüsselindustrien. Gefordert wird ein Stopp von Privatisierungen. Die Kontrolle und Regelung der Wirtschaft stehen ebenfalls auf der Agenda.

Es ist eindeutig zu sehen, dass das Kapital diese Veränderungen nicht einfach akzeptieren würde.

Die Zusammenarbeit mit kleinen und mittleren Unternehmen ist vorstellbar, aber selbst dort können sich die unterschiedlichen Vorstellungen schwierig gestalten. Eine objektive Basis besteht in der Zusammenarbeit der Arbeiterklasse mit kleinen landwirtschaftlichen und privaten Selbstständigen

Wir bedanken uns herzlich für das Interview. (Doris)

Freitagabend 27.9.: Der Streik der LehrerInnen

Abends kamen noch Vassia und Nikos vorbei, das Lehrerehepaar, das trotz zwei Wochen Streik, Debatten und Versammlungen und sichtlichen Ermüdungserscheinungen uns noch über den vergangenen Lehrerstreik berichten wollten.

Jennifer kam auch, die sich schon die ganze Woche uns als hervorragende Übersetzerin zur Verfügung gestellt hatte, sie hatte noch einen Gewerkschafter von der Buch und Papier mitgebracht, Dinos, der sich später dann noch in die allgemeinere Diskussion einbrachte. Es ist überhaupt auffallend, wie griechische KollegInnen mit uns sprechen wollen, alleine auf die Nachricht hin, dass wir da sind. Das kann ich mir für Deutschland zur Zeit gar nicht vorstellen.

Die Gewerkschaft für die SekundarstufenlehrerInnen OLME (die GrundschullehrerInnen haben eine eigene Gewerkschaft) hatte direkt mit dem Schulbeginn am 17.9. zum Streik aufgerufen. Anlass waren die massiven Angriffe auf die Schulen und LehrerInnen, von der Entlassung aller Hausmeister, den Schulzusammenlegungen mit der Folge von freierwerdenden LehrerInnen, größeren Klassen, längeren Schulwegen, Versetzungen in die Grundschule und in die „Mobilitätsreserve“, d.h. in die Vorstufe der Entlassung. Die Parole bei Beginn des Streiks war gewesen, die herrschende Politik zu Fall zu bringen, praktisch also die Regierung zu stürzen.

Auf die Frage, ob ihr Kampf wie erwartet gelaufen sei, meinte Nikos, es wäre anders als erwartet gelaufen. Sie hatten erwartet, dass sie mit ihrem Streik sozusagen den Auftakt bilden würden und dass der Öffentliche Dienst insgesamt nachziehen und ihnen damit die Kraft geben würde länger durchzuhalten. Es habe auch tatsächlich einige Bereiche des ÖDs gegeben, die gestreikt und sie unterstützt hätten. Der entscheidende Moment war aber der Streik der GrundschullehrerInnen. Obwohl die linken Kräfte alles versuchten, war die Gewerkschaftsführung dagegen. Die Leute der Regierungsparteien PASOK und ND, aber auch die der PAME waren dagegen. Da diese entscheidende Unterstützung ausblieb, wurde der Streik schwächer, obwohl anfänglich die Beteiligung bei 90% lag, was sehr hoch ist angesichts einer durchschnittlichen Streikbeteiligung von 7%. (Tatsächlich hatte sich die Gewerkschaft der GrundschullehrerInnen nur dazu durchringen können, zwei Tage lang, am Dienstag und Mittwoch dieser Woche, zu streiken.)

Sie seien, so Nikos, sowieso in einer Phase, in der alle Branchengewerkschaften verstanden hätten, dass sie nichts mehr alleine erreichen könnten. Da nun aber weder die GrundschullehrerInnen noch der Öffentliche Dienst generell (der auch nur für zwei Tage in dieser Woche aufgerufen hatte) sich dem unbefristeten Streik anschlossen, war es auch nicht möglich die Politik gegen das Schulsystem und den ÖD zu Fall zu bringen. Obwohl sich viele Leute radikalisiert hätten, habe es an der Gewerkschaftsführung gelegen, dass diese Radikalisierung nicht ausgenutzt wurde. Die positive Stimmung zeigte sich bei der Demo am 17.9., bei der ca. 30 000 dabei waren, gewohnt ist man 3-4000.

Die Leute sind jetzt zwar enttäuscht, aber eine Niederlage war es nicht. Im Oktober gibt es neue Versammlungen und es ist ja klar, dass die Troika neue Verschlechterungen aufdrücken wird. Deren Vertreter sind gerade in Athen. Der Kampf geht weiter. Wichtig ist zu sehen, dass es nicht nur um das Recht auf Bildung geht, sondern insgesamt um das Recht auf öffentliche Güter allgemein. Dieser Kampf geht über die Lehrer hinaus und betrifft sehr viele Menschen. Die Frage ist, wie diese Betroffenheit in Aktionen umgesetzt werden kann.

In der letzten Zeit war das Verhalten der GSEE total skandalös (GSEE ist der Dachverband der Privatindustriegewerkschaften): Er hat in den letzten zwei Wochen nicht einmal zur Unterstützung aufgerufen, er trägt die Sparpolitik mit, seine Führung ist in den Händen der Regierungsparteien. Allerdings sind überhaupt nur 15% der Beschäftigten in der Privatindustrie organisiert, dort herrscht Angst vor Arbeitslosigkeit. (Im ÖD sind 90% organisiert.) Aber auch in gut organisierten Bereichen wie Elektrizitätsversorgung, die halb öffentlich ist, ist nix passiert.

Die Regierung wendete bisher eine Salamtaktik an, erst die Unis, dann die Sekundarstufe 2-Schulen, später kommen die Grundschulen dran. Jetzt, wo alle Bereiche angegriffen werden, hoffen sie auf einen gemeinsamen Kampf.

Die Rolle der PAME

Die PAME hat sich wie die Feuerwehr verhalten, d.h. sie hat die existierenden Funken wieder ausgelöscht. Sie unterstützt nichts, was sie nicht unter Kontrolle hat und was evtl. nur Syriza nützt. Tatsächlich benutzten die PASOK- und ND-Leute die PAME als Schild, hinter dem sie sich in ihrer Ablehnung verstecken können.

Was man den PAME-Leuten zwar nicht vorwerfen könne, sei, dass sie dann nicht beim Streik aktiv mitmachten. Sie seien keine Streikbrecher, machten auch bei praktischen Aktionen mit, aber auf den Vollversammlungen treten sie als Bremse auf in dem Moment, wenn die Leute steigern wollen. Und das sei oft fatal, weil gerade die PAME-Leute zu den besonders radikalen und aktiven Elementen in den Gewerkschaften und Betrieben zählten. Insofern hätten sie schon Gewicht, auch wenn sie nicht so zahlreich seien. Sie sind nur dann bereit einzusteigen, wenn sie die Führung innehaben, wenn die anderen ihre revolutionären politischen Ziele anerkennen. Faktisch aber bedeutet das, dass sie in ihrem praktischen Verhalten häufig die Politik der Regierung unterstützen, da sie den Kampf gegen deren Politik abbremsen und schwächen. Darüber gibt es innerhalb der KKE/PAME in letzter Zeit aber schon Diskussionen, da viele Mitglieder unzufrieden mit dieser Politik sind.

Ein Beispiel für die Bremser-Politik der PAME war die Vorgeschichte der großen Kundgebung am Dienstag. Es hatte zuvor eine telefonische Zusage des GSEE an die ADEDY gegeben, dass der GSEE am Dienstag auch zur Kundgebung und zum Streik aufrufen würde. Daraufhin hatte PAME protestiert, dass man das nicht machen könne, das müsse alles ordnungsgemäß laufen. Daraufhin wurde für Montagnachmittag eine Sitzung einberufen, auf der entschieden werden sollte. Die Aktiven innerhalb von GSEE verzichteten dann auf eine Beschlussfassung, da der ja nichts mehr bringen würde, wenn er am Montagabend so kurz vor der Kundgebung am Dienstag bekannt gemacht würde. Der Vorsitzende des GSEE konnte sich so bequem hinter der PAME verstecken.

PAME hatte vor einiger Zeit das Ziel, eigenständige Gewerkschaften aufzubauen, damit seien sie aber gescheitert. Insbesondere nach den Wahlen 2012 haben sie entschieden in den existierenden Strukturen mitzuarbeiten. In einigen Branchen hatten sie mal die Mehrheit: Stahl, Textil, Bau z.B., aber das sind jetzt gerade die Krisenbranchen, die massiv abgebaut haben, diese Gewerkschaften treten praktisch seit einem Jahr nicht mehr in Erscheinung. Aber auch dort waren sie nicht in der Lage eigenständig Streiks auszurufen.

Schulbesetzungen

Es gibt zur Zeit 180 von Schülern besetzte Schulen, und zwar für längere Zeit. Es geht ihnen nicht nur um die Unterstützung der Lehrer, sondern um ihre eigenen Belange. Es gibt zwei Regierungsmaßnahmen, gegen die die Schüler kämpfen. Die eine ist die Abschaffung der Fachschulen (Sekundarstufe mit beruflichen Inhalten), die besonders die einkommensschwächeren Schichten betrifft. Die SchülerInnen sollen sich ihre Qualifikation zukünftig auf Privatschulen holen.

Die zweite betrifft den Zugang zu den Hochschulen. Bisher gab es am Ende der Sekundarstufe eine Abschlussprüfung, mit der man den Zugang erlangen konnte.. Jetzt ist es so, dass sie in jedem Jahr der Oberstufe eine Prüfung absolvieren müssen plus einer zusätzlichen Prüfung im Anschluss. Alle vier Prüfungen sollen dann für den Hochschulzugang zählen. Das bedeutet, dass das parallele Privatschulsystem für Nachhilfe enorm gefördert wird. Diese private Hilfe können natürlich die ärmeren Kinder nicht bezahlen. Der Bildungsminister besuchte genau an dem Tag, als die Abschaffung der Fachschulen beschlossen wurde, die Eröffnung eines neuen privaten Ausbildungszentrums.

Irre ist auch, dass jetzt Fächer geprüft werden, die abgeschafft wurden! Z.B. wird Technisches Zeichnen geprüft, aber nicht mehr unterrichtet. Das Fach muss man jetzt an privaten Einrichtungen studieren. Dasselbe gilt für abgeschaffte sprachliche Fächer.

Es gibt jetzt einen großen Einschnitt im griechischen Bildungssystem, insofern diejenigen aus einkommensschwächeren Familien kaum noch Chancen auf einen Hochschulzugang haben werden.

Man will jetzt eine Berufsausbildung nach deutschem Vorbild einführen, aber die wird nicht staatlich organisiert sein, sondern ausschließlich privat und für die Auszubildenden unbezahlt.

Z.B. Hebammenausbildung wird in Zukunft nur noch privat erfolgen; bisher konnte man das auf Fachschulen lernen..

Auf der einen Seite werden Leute entlassen im Öffentlichen Dienst, z.B. Schulhausmeister. Auf der anderen Seite werden jetzt Arbeitskräfte gesucht für die öffentliche Wohlfahrt, die für den Mindestlohn wichtige Tätigkeiten ausführen sollen, z.B. Schulhausmeister. Also die ganze Übung dient der Verbilligung der Löhne.

Früher waren Schulbesetzungen oder Lehrerstreiks bei der Elternschaft nicht wohlgefallen. Für die Eltern war die Bildung immer das A&O. Trotz der massiven Medienpropaganda gegen Lehrer und Schüler ist jetzt aber die Elternstimmung positiv ihren Forderungen gegenüber.

Die Schulbesetzungen zeigen die Unzufriedenheit mit der kranken Situation des Schulsystems. Das Ministerium hat jetzt angekündigt, dass für jeden Streiktag am Ende des Schuljahrs, im heißen Sommer, ein Schultag angehängt werden soll.

Artikel 16 der griechischen Verfassung

Die griechische Verfassung schreibt in Artikel 16 vor, dass die griechische Schul- und Hochschulausbildung staatlich durchgeführt werden. Dieser Verfassungsartikel ist kaum zu ändern. Was jetzt passiert, bedeutet, dass der Artikel 16 zwar bestehen bleibt, aber faktisch ausgehöhlt wird. Das sieht man an den Angriffen auf die Schulen, aber auch auf die Hochschulen. Interessanterweise wird in der Öffentlichkeit eine Schmutzkampagne gegen die griechischen Universitäten geführt, deren Qualität angeblich schlecht sei. Tatsächlich stehen sie im internationalen Ranking ganz gut dar. Das dient dazu, die privaten Hochschulen zu stärken. Die Absolventen der Privathochschulen werden jetzt auch mit denen der staatlichen gleichgestellt, was früher nicht der Fall war.

Auf die Ankündigung der kompletten Entlassung des Nichtlehrpersonals haben die Hochschulleitungen der zwei Athener Hochschulen beschlossen, die Universität zum neuen Semester nicht zu öffnen. Diese Reaktion zeigt die Schwere des Angriffs insgesamt.

Es geht darum, die öffentliche Bildung insgesamt zu schwächen und die Bildung den privaten Interessen zugänglich zu machen und ihnen zu unterwerfen.

(Manfred)

Samstagnachmittag 28.9.: In der „Solidarischen Struktur“ Mirmigi

Nachdem nun auch Doris, Gisela und Reinhard abgeflogen sind, sind wir nur noch zu dritt. Christos von „solidarity4all“ hatte uns den Kontakt zu der „solidarischen Struktur“ Mirmigi besorgt, wir würden sagen „Sozialzentrum“. Mitsi holt uns mit dem Auto ab und wir fahren ein Stück in einen anderen Stadtteil, der von der Krise ziemlich betroffen ist. Dort treffen wir Samuel, auch schon älter, der Deutsch spricht. Ansonsten ist in dem Zentrum kein Betrieb, da sie nur dreimal die Woche geöffnet haben. Zwei weitere Ehrenamtliche sind gekommen, Migranten, die im Zentrum mitarbeiten.

Natürlich ist das erste Thema die Nachricht von der Verhaftung der Führungsspitze der Goldenen Morgenröte, die sich am Morgen wie ein Lauffeuer verbreitet hatte. Klar ist ihre Reaktion erstmal Freude, in die sich aber gleich Skepsis mischt. Warum macht die Regierung das gerade jetzt? Sie wusste doch die ganze Zeit, dass es Verbrecher sind. Was bedeutet es für die Linke, wenn jetzt eine Partei ausgeschaltet wird mit der Begründung, sie sei eine kriminelle Vereinigung? Wird dieselbe Begründung demnächst gegen Syriza angewendet, die man ja sowieso immer mit der Goldenen Morgenröte gleichsetzt nach dem Motto: Rechter und linker Extremismus bedrohen die Demokratie?

Das Zentrum selbst wurde vor einigen Monaten auch schon angegriffen, die Spuren des Brandanschlags sind an der Eingangstür noch deutlich zu sehen. Daneben war auf die Wand gesprüht: „Kaphir raus!“ (Also: Kaffer raus! „Raus“ deutsch geschrieben.) Aus den Buchstaben haben sie jetzt Blumen und Gesichter gemalt.

In das Zentrum kommen sehr viele Immigranten, aber auch griechische Einwohner und Familien aus dem Stadtteil. Sie akzeptieren alle, egal ob sie legal oder illegal sich aufhalten. Wenn jemand kommt, dann wird er/sie registriert, denn man darf sich pro Monat zweimal etwas mitnehmen. Sie haben dreimal die Woche geöffnet und es kommen pro Woche etwa zweihundert Leute, das bedeutet also, dass sie monatlich 400 Menschen/Familien betreuen. Sie haben eine Speisekammer, Kleiderkammer und einen Raum mit Kinderspielzeug und Büchern. Sie bestreiten ihren Bedarf ausschließlich aus Spenden.

Da wir abends bei Eurydike eingeladen sind, gehe ich zwischendurch ein Stück die Straße runter, wo ein kleiner Blumenladen ist, höchstens 200m. Die Ladenbesitzerin, vielleicht Mitte 40 spricht ausgezeichnet englisch, sie war früher Englischlehrerin. Ich spreche sie auf die schweren Zeiten an und sie fängt sofort an zu klagen. Ich sage, ich sei gerade da oben in dem Zentrum, was sie erst gar nicht zu kennen scheint. Dann erkläre ich ein bisschen, dass die Menschen helfen usw., da meint sie: „Ach, da wo die Afghanen sind.“ Ich sage, da gingen auch griechische Familien hin, davon weiß sie aber nichts. Und dann geht's los: Die Immigranten und die Ausländer, die Griechenland

überschwemmt! Jetzt seien es schon 2,5 Millionen (eine absurde Zahl), und sie seien damit überfordert. Die lungerten hier überall rum. Zweimal sei sie schon bewaffnet überfallen worden und sie habe ihr Geld rausrücken müssen, um nicht umgebracht zu werden.

Auf die Goldene Morgenröte spreche ich sie dann nicht mehr an. Aber es ist klar: Auch wenn man die Partei verbietet, dann bleiben doch die Menschen und deren Probleme, die natürlich der Krise geschuldet sind, aber die auf die Ausländer geschoben werden. Irgendjemand wird sich dieser Leute wieder mit Scheinlösungen und Parolen annehmen.

Die Extreme liegen hier sehr dicht beisammen. Wir übergeben dem Zentrum 500€ von unseren mitgebrachten Spenden.

(Manfred)

Siehe zu den Hintergründen [Gegen Spardiktate, staatliche Repression und Nationalismus! Solidaritätsreise nach Griechenland, 21. bis 28. September 2013](#)